

Kreistagsdrucksache Nr. 100/20

AZ. GB 1, Abt. 16

Anlage: 1

Tagesordnungspunkt

Behördliches Mobilitätskonzept - Bestandsanalyse und Handlungsempfehlungen

Bericht

Verwaltungs- und Technischer Ausschuss (öffentlich) am 30.09.2020

1. Ausgangslage

Auf Antrag der Grünen-Fraktion hat der Kreistag beschlossen, dass 2017 mit Mitteln in Höhe von 20.000 Euro ein gezielter Einstieg in die Erarbeitung eines umfassenden betrieblichen Mobilitätskonzepts durch Hinzuziehung externer Sachverständiger beim Landratsamt Tübingen ermöglicht werden soll.

Ein hohes Verkehrsaufkommen und ein damit einhergehender Parkraumdruck am Landratsamt, sowohl aus Mitarbeiter- als auch aus Kundensicht, bestärkten den Vorschlag des Kreistags und machten die Einführung eines behördlichen Mobilitätsmanagements notwendig.

Ziel ist es, Potenziale zur Reduzierung des Individualverkehrs von Mitarbeiter*innen und Kunde*innen zu identifizieren sowie den Dienstfuhrpark- und das Dienstreiseverhalten zu analysieren, um daraus ein Mobilitätsmanagement mit entsprechenden Mobilitätsmaßnahmen zu erstellen.

Aufgrund fehlender Personalressourcen konnte erst im Mai 2019 mit dem Projekt begonnen werden. Es wurde eine Lenkungs- und eine Arbeitsgruppe gebildet, die bei der Konzepterstellung begleitend und unterstützend mitwirken soll. Darüber hinaus wurde für die fachliche Beratung und die Durchführung der Datenanalysen ein Mobilitätsberater beauftragt.

Die Handlungsempfehlungen beruhen auf drei Säulen. Die Mobilität wird umfassend und ganzheitlich aus Kunden-, Mitarbeiter-, und Verwaltungssicht betrachtet.

2. Projektmeilensteine Konzepterstellung

2.1. Datenanalysen

Mit Beginn des Projekts 2019 wurden zusammen mit der Mobilitätsberatungsfirma EcoLibro zahlreiche Analysen des Status Quo der Mobilität im Landratsamt erhoben.

Es wurde eine Standortanalyse des Landratsamtes vorgenommen mit dem Ziel die Verfügbarkeit und Qualität der verschiedenen öffentlich zugänglichen Mobilitätsalternativen zu bestimmen. Darüber hinaus wurden eine Fuhrparkstrukturanalyse, eine Fahrzeugbedarfsanalyse der Pool-Fahrzeuge und ein Verkehrsmittelvergleich bei Dienstreisen durchgeführt. Um die Erreichbarkeit der Mitarbeiter*innen auf ihren täglichen Wegen zwischen Wohnort und Arbeitsstätte zu bestimmen, wurde zudem eine Wohn-Standortanalyse erstellt. Die Analyseergebnisse können der Anlage entnommen werden.

2.2. Beteiligung von verschiedenen Akteuren

Vom behördliche Mobilitätsmanagement sind die Mitarbeiter*innen des Landratsamts direkt betroffen, weshalb die Einbindung in das Projekt von hoher Bedeutung war und ist. Die Mitarbeiter*innen hatten im Zuge des Projekts immer wieder die Möglichkeit sich aktiv zu betei-

ligen. Durchgeführt wurden beispielsweise Interviews mit Mitarbeiter*innen zu ihrem persönlichen und dienstlichen Mobilitätsverhalten sowie eine Online-Befragung der Mitarbeiter*innen. An dieser Befragung im Januar 2020 haben insgesamt 479 Mitarbeitende teilgenommen. Diese sehr hohe Resonanz weist auf die Aktualität dieses Themas hin.

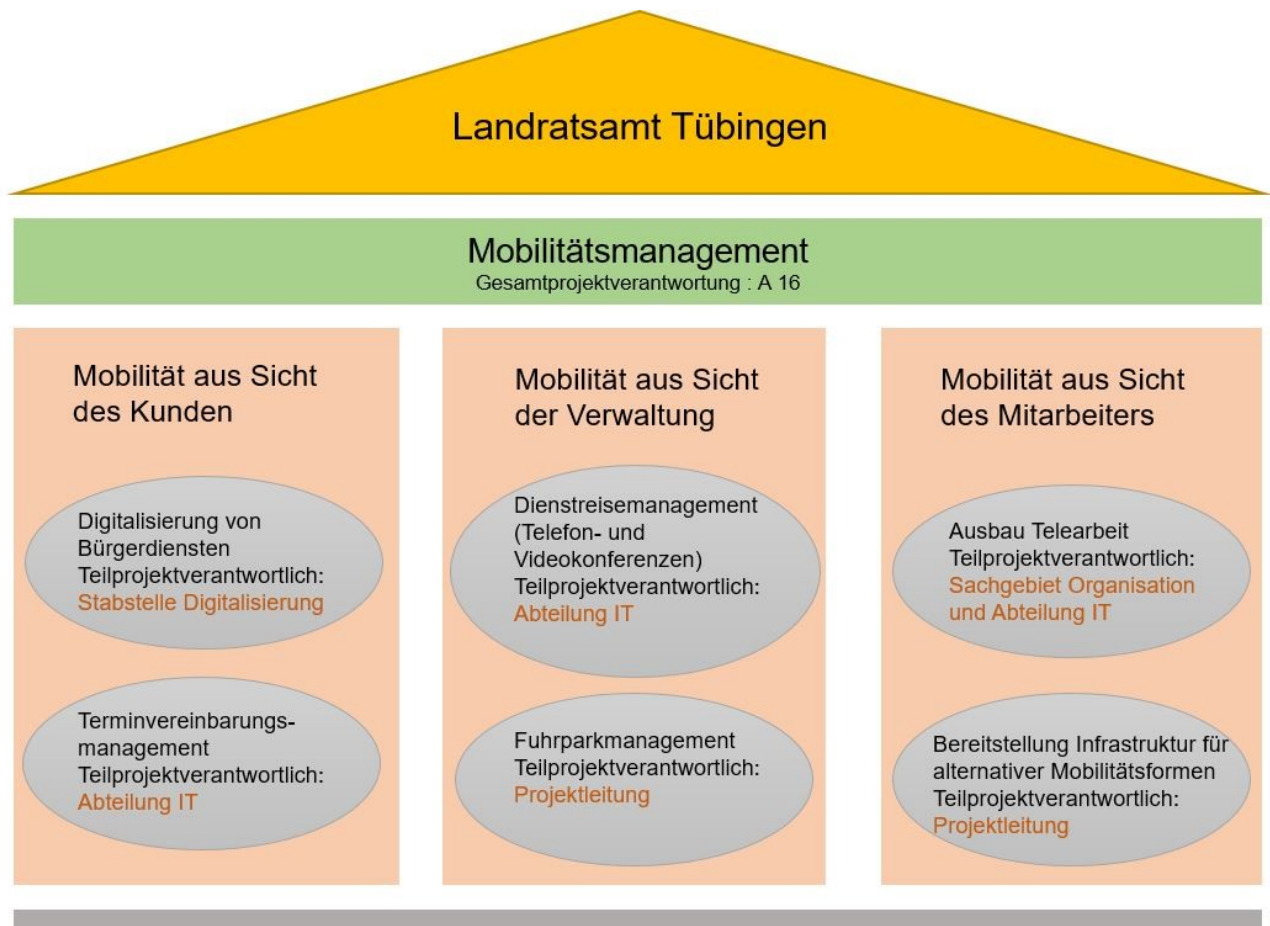
Geplant waren im Rahmen des Projekts auch Workshops für Mitarbeiter*innen zur Entwicklung einzelner Maßnahmen. Leider mussten diese aufgrund der Corona-Pandemie entfallen.

2.3. Potenzialanalyse / Erarbeitung von Maßnahmen

Mit Hilfe der Analyseergebnisse und der Auswertungen der Mitarbeiter*innenbeteiligungen wurden Potenziale in den Handlungsfeldern Verwaltungsmobilität, Mitarbeitermobilität und Kundenmobilität ermittelt. Diese haben maßgeblich zur Maßnahmenfindung beigetragen.

3. Mobilitätskonzept

Für die Umsetzung der noch festzulegenden Maßnahmen, die im Rahmen des Mobilitätskonzepts erarbeitet werden, sind jeweils Teilprojekte mit Teilprojektverantwortlichen geplant. Beteiligt sind die Abteilung IT und zentrale Dienste, Personal und Organisation und die Stabstelle Digitalisierung (siehe Schaubild). Die Projektverantwortung und Gesamtkoordination übernimmt die Projektleitung aus der Abteilung IT und zentrale Dienste.



3.1. Mobilität mit Fokus auf den/die Kunden*in

Im Bereich der Kundenmobilität soll mit hoher Priorität die Digitalisierung von Bürgerdiensten vorangetrieben werden, um die Besucheranzahl sukzessive zu reduzieren und so langfristig einen großen Teil des Kundenverkehrs vermeiden zu können. Darüber hinaus kann dadurch auch die Kundenzufriedenheit gesteigert werden.

Für vor Ort notwendigerweise zu erledigende Bürgerdienstleistungen wird ein Terminvereinbarungsmanagement eingeführt. Durch diese Maßnahme kann der Kundenverkehr maßgeblich gesteuert und die angespannte Parkplatzsituation bei den Kundenparkplätzen vor dem Landratsamt an verkehrsreichen Tagen entzerrt, bzw. zum Teil sogar ganz vermieden werden, da Kunde*innen bestenfalls nur noch ins Landratsamt kommen, wenn sie einen Termin haben. Darüber hinaus bietet dieses Mobilitätssteuerungstool auch die Möglichkeit bei der Mobilität der Mitarbeiter*innen anzusetzen (Ausführungen siehe im Folgenden).

3.2. Mobilität mit Fokus auf den/die Mitarbeiter*in

Ziel in diesem Bereich ist unter anderem der Ausbau von Home-Office für noch mehr Mitarbeiter*innen des Landratsamts.

Durch die geplante Fokussierung der Digitalisierung der Bürgerdienstleistungen und die Schaffung einer Infrastruktur zur elektronischen Terminvereinbarung, können die Personalressourcen im Kundenverkehr vor Ort besser geplant und somit Home-Office erst strukturiert ermöglicht werden. Arbeiten im Home-Office trägt maßgeblich zur Entlastung des Mitarbeiterverkehrs bei. Insbesondere sollen von diesem Home-Office-Konzept diejenigen angesprochen werden, die lange Pendelwege haben und durch eine schlechte Anbindung an das öffentliche Nahverkehrsnetz auf das Auto angewiesen sind. Durch die Reduzierung des individuellen Mitarbeiterverkehrs, der bisher größtenteils mit dem Auto zurückgelegt wird, kann der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid reduziert werden, der Parkraumdruck vor Ort entspannt sich und der Stress, der durch den Pendelverkehr für die Mitarbeiter*innen entsteht kann sich verringern.

Darüber hinaus soll im Bereich der Mitarbeitermobilität, insbesondere dort wo Home-Office nicht oder nur eingeschränkt umsetzbar ist, weiterhin das Ziel verfolgt werden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen vermehrt auf alternative Mobilitätsformen umzusteigen bzw. diese zu nutzen.

3.3. Mobilität mit Fokus auf die Verwaltung

Eine weitere Maßnahme ergibt sich im Hinblick auf unser Dienstreisemanagement. Durch die Coronapandemie konnten vermehrt Videokonferenzmodelle getestet werden, die notgedrungen zum Einsatz kamen, um Besprechungen, Sitzungen oder ähnliche Termine wahrnehmen zu können. Durch die Nutzung unterschiedlicher Formate hat sich deren Effizienz gezeigt und auch die Notwendigkeit solche Termine persönlich vornehmen zu müssen ist zurückgegangen.

Um die Nutzung von Videokonferenzen für viele Mitarbeiter*innen überhaupt ermöglichen zu können und so den Dienstreiseverkehr der Mitarbeiter*innen um 25 % zu reduzieren, muss zunächst die technische Ausstattung beschafft werden. Benötigt werden mobile Geräte, die flexibel in den verschiedenen Räumen eingesetzt werden können.

Ein durch die Implementierung von Videokonferenzen verändertes Dienstreisemanagement hat auch große Auswirkungen auf die Kapazitäten des Landkreisfuhrparks, der in den Monaten vor der Coronapandemie sehr ausgelastet war. Die Fahrzeuge können künftig bedarfsge rechter und flexibler eingesetzt werden. Darüber hinaus soll die Auslastung der vorhandenen Fahrzeuge außerhalb der gewöhnlichen Dienstzeiten angestrebt werden, um eine effiziente-

re Nutzung des Fuhrparks erreichen zu können. Denkbar ist die Bereitstellung der Fahrzeuge an die Mitarbeiter*innen des Landratsamts gegen einen Kostenersatz.

4. Zeitplan Projektumsetzung

Die Einführung des Terminvereinbarungsmanagements, die Beschaffung der technischen Ausstattung für die Durchführung von Videokonferenzen und die Beschaffung erster Geräte (Laptops, Bildschirme, technisches Zubehör) für die Umsetzung des überarbeiteten Home-Office-Konzepts soll möglichst schnell umgesetzt werden. Die Beschaffung zusätzlicher Pedelecs soll bis spätestens Ende des Jahres erfolgen und der Ausbau weiterer Fahrradabstellanlagen wird die Folge sein (siehe Zeitplan).

Arbeitspaket	Meilenstein	Projektschritte	Monat																	
			Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	Mär.	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1		Einführung eines Terminvereinbarungsmanagements	2020						2021											
	1	Beschaffung																		
	2	Umsetzung																		
2		Ausbau Home-Office																		
	1	Beschaffung (Ausschreibung)																		
	2	Implementierung im Haus																		
3		Beschaffung technischer Ausstattung für Videokonferenzen																		
	1	Markterkundung / konkr. Produktauswahl																		
	2	Beschaffung (Ausschreibung)																		
4		Ausbau weiterer Fahrradabstellanlagen																		
5		Beschaffung zusätzlicher Pedelecs für den Pedelec-Pool																		

5. Finanzierung

Um die definierten Ziele in den drei Mobilitätsbereichen möglichst schnell umsetzen zu können, hat sich der Landkreis um Fördermittel bemüht.

Beantragt wurden beim Verkehrsministeriums Baden-Württemberg im Juli 2020 im Rahmen des Förderprogramms „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ Investitionskosten in Höhe von ca. 400.000 € und ein Zuschuss zur Deckung der bestehenden Personalkosten für die Umsetzung des Mobilitätskonzepts von insgesamt 80.000 €. Dieses Förderprogramm ist für Kommunen und Landkreise zugeschnitten, die sich im Bereich des betrieblichen Mobilitätsmanagements engagieren.

Der Landkreis hat Investitionen in folgenden Bereichen beantragt:

- Einrichtung und Ausstattung von Homeoffice-Arbeitsplätzen
- Technische Ausstattung für Videokonferenzen
- Einführung eines Terminvereinbarungsmanagements zur Kundensteuerung
- Beschaffung von zusätzlichen Pedelecs für Mitarbeiter*innen
- Ausbau weiterer Fahrradabstellanlagen mit Lademöglichkeit für Elektrofahrräder

Nr.	Maßnahme	Gesamtkosten	Geplante Förderung	Eigenmittel
1	Einführung eines Terminvereinbarungsmanagements	60.000 €	30.000 €	30.000 €
2	Ausbau Home-Office	240.000 €	120.000 €	120.000 €
3	Technische Ausstattung Videokonferenzen	50.000 €	25.000 €	25.000 €
4	Beschaffung 5 Pedelecs	20.000 €	10.000 €	10.000 €
5	Ausbau Fahrradabstellanlagen	30.000 €	15.000 €	15.000 €
Gesamt		400.000 €	200.000 €	200.000 €

Die Maßnahmen 1, 3 und 4 können bereits im Haushaltsjahr 2020 umgesetzt werden. Die Maßnahme 5 kann erst im nächsten Haushaltsjahr umgesetzt werden. Für die Maßnahme 2 werden Mittel im Haushaltsjahr 2021 eingestellt.

Mit einer Entscheidung des Verkehrsministeriums über die Bewilligung des beantragten Zuschusses wird Ende des 3. Quartals gerechnet. Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung liegt bereits vor, die es ermöglicht, mit der Tätigkeit einzelner Investitionen zu beginnen.

Schon im letzten Jahr wurden dem Landratsamt über das Förderprogramm vom Verkehrsministerium Fördermittel in Höhe rund 42.000 € für die Mobilitätskonzepterstellung (Durchführung der Analysen, Erarbeitung der Maßnahmen) und die damit verbundenen Personalkosten bewilligt.

6. Weiteres Vorgehen

Die Bestandsanalyse und die Handlungsempfehlungen werden in der Sitzung des Verwaltungs- und technischen Ausschusses am 30.09.2020 vorgestellt.

Über die Realisierung von Empfehlungen, über die bereits veranlassten Maßnahmen hinaus, wird die Verwaltung dem Gremium berichten bzw. notwendige Vorschläge zur Entscheidung vorlegen.